

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

18.10.1929 (No. 243)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung

Im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gab am Donnerstag in Berlin der Präsident der Anstalt ein Bild von ihrer finanziellen Lage.

Dr. Kaas über die Innen- und Außenpolitik

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, sprach Donnerstagabend in einer Versammlung in Dortmund über die außen- und innenpolitische Lage.

Die Baden-Badener Verhandlungen Das Vetorecht der Notenbanken

In der Donnerstagvollversammlung des Organisationsausschusses der Bank für internationale Zahlungen in Baden-Baden wurden erneut die Operationen der Bank verhandelt.

Der Umsturz in Afghanistan Nadir Khan zum König gewählt

Nicht Afshar Ullah, der Bruder Aman Ullahs, sondern Nadir Khan wurde von der afghanischen Nationalversammlung mit Stimmenmehrheit trotz seines Widerstrebens zum König von Afghanistan gewählt.

Die Einnahme Kabuls

W.D. London, 18. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm der französischen Journalistin, Frau Andrée Rickis aus Kabul, wohin sie nach der Einnahme der Stadt durch Nadir Khans Truppen geflohen ist.

Letzte Nachrichten

Hindenburg und das Volksbegehren Der Reichspräsident verurteilt den § 4

M. Berlin, 18. Okt. (Priv.-Tel.) über eine heutige Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler ist ein communiqué herausgegeben worden, in dem der Reichspräsident erklärt, daß der § 4 des Volksbegehrens in seinen Wendungen bezüglich des Reichskanzlers und der Minister wegen der Außenpolitik unangemessen und verurteilt sei.

Reichspräsident von Hindenburg hatte, wie gemeldet, am Mittwoch ein Schreiben an Reichskanzler Müller gerichtet, in dem er die Anhänger und die Gegner des Volksbegehrens aufforderte, seine Person mit der Frage des Volksbegehrens nicht in Zusammenhang zu bringen.

Macdonald in Kanada

Starke Abgespanntheit des Ministerpräsidenten

OTTAWA, London, 18. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Ottawa: Premierminister Macdonald sieht abgespannt aus, und seine Gesundheit verursacht den ihm Nächststehenden viel Besorgnis.

„Daily Herald“ meldet, daß Macdonald und Mackenzie King die Möglichkeit erörtert hätten, die nächstjährige britische Reichskonferenz in Kanada abzuhalten.

Amerika bei der Seeabrüstungskonferenz

WASHINGTON, 18. Okt. (Tel.) Präsident Hoover hat sich entschlossen, Staatssekretär Stimson mit der Führung der amerikanischen Delegation bei der Marineabrüstungskonferenz der fünf Mächte zu betrauen.

Russische Ablehnung eines deutschen Vorschlages

MOSKAU, 17. Okt. (Tel.) (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Außenministerium übergab heute der deutschen Botschaft die Antwort auf den deutschen Vorschlag gegenseitiger Aufhebung der im Zusammenhang mit dem Konflikt wegen der Dschinabahn getroffenen Repressalien der Sowjetunion und Chinas.

Polnische Aktion gegen die deutsche Abgeordneten

WARSAU, 18. Okt. (Tel.) Wie dem „Głos Poranny“ aus Bromberg gemeldet wird, wurden vorgestern und gestern Hausdurchsuchungen im Bromberger Büro der deutschen Sejmabgeordneten fortgesetzt.

Schwere Verluste der Franzosen in Marokko

PARIS, 18. Okt. (Tel.) Bei dem Zusammenstoß, der am 14. Oktober südlich von Colomb-Béchar zwischen Eingeborenen und französischen Truppen stattfand, haben die Franzosen, wie eine Meldung des „Echo d'Oran“ besagt, schwere Verluste erlitten.

Wirtschaftliche Umschau

Vertriebsmonopole — Die österreich-ungarischen Vorkriegsschulden — Überfremdung und Elektroindustrie

Bei den verschiedenen Monopolplänen der Reichsregierung handelt es sich um Vertriebsmonopole wie beim Branntweinmonopol, so daß also die Erzeugung privatwirtschaftlich erfolgen soll, während die Monopolverwaltung des Reichs die an sie gelieferten Erzeugnisse zu von ihr festgesetzten Preisen an den Groß- und Kleinhandel weitergibt.

Während über das Zündholzmonopol bereits Verhandlungen im Gange sind, die aber nun eine Unterbrechung erfahren, weil der Leiter des schwedischen Zündholztrustes für die 125-Millionen-Dollar-Anleihe an das Reich höhere Zinsen forderte, als man ursprünglich zu zahlen bereit war, handelt es sich bei den anderen Monopolplänen, wie nun mitgeteilt wurde, nur um eine erste Prüfung, wie auch weitere Projekte zur Verringerung der Reichsfinanzen erörtert werden.

Während über das Zündholzmonopol bereits Verhandlungen im Gange sind, die aber nun eine Unterbrechung erfahren, weil der Leiter des schwedischen Zündholztrustes für die 125-Millionen-Dollar-Anleihe an das Reich höhere Zinsen forderte, als man ursprünglich zu zahlen bereit war, handelt es sich bei den anderen Monopolplänen, wie nun mitgeteilt wurde, nur um eine erste Prüfung, wie auch weitere Projekte zur Verringerung der Reichsfinanzen erörtert werden.

Zur Zeit wird wieder einmal, und zwar in Paris, über die Regelung der Vorkriegsschulden der österreich-ungarischen Nachfolgestaaten verhandelt.

Zur Zeit wird wieder einmal, und zwar in Paris, über die Regelung der Vorkriegsschulden der österreich-ungarischen Nachfolgestaaten verhandelt. Das Programm dieser Tagung des Verwaltungsrats der sog. Caisse Commune, an der die Vertreter der Inhaber österreichischer und ungarischer Vorkriegsanleihen, auch deutsche Gläubigervertreter teilnehmen, geht zunächst dahin, für alle bisher noch unregelmäßig Vorkriegsanleihen der alten Monarchie Vorschläge anzuarbeiten, welche die Grundlage für unmittelbar sich anschließende Verhandlungen mit Vertretern der Nachfolgestaaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Südslawien) bilden sollen.

Deutschland ist an diesen Verhandlungen außerordentlich interessiert, da die in Frage kommenden Anleihen sich zu mindestens 50 Proz. in deutschem Besitz befinden.

Der deutsche Besitz an den wichtigsten Emissionen wird wie folgt angegeben: Österreichische und Ungarische Goldrenten 153 000 000 Goldgulden, Österreichische Schatzscheine 119 000 000 Goldkronen, Ungarische Hund-Sterling-Renten 234 000 000 Goldkronen, Silberrenten 69 000 000 Gulden, Papierrenten 725 000 000 Kronen. Hierzu kommen noch die auf Mark lautenden Anleihen im Nennwert von mehr als 100 Millionen sowie die sichergestellten (Eisenbahn-) Anleihen. Es handelt sich somit um sehr große Beträge. Auch viele deutsche Kleinrentner sind im Besitz solcher Papiere, die größtenteils nicht einmal Zinsen bringen und vorerst nur zu einem minimalen Bruchteil der dafür in Goldwert hingebenen Summen realisiert werden können. Es ist zu wünschen, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck die deutschen Vertreter unterstützt, wenn auch kaum Aussicht besteht, daß auch nur eine Aufwertung ähnlich der für die deutschen Anleihen herauskommt. Deutschland hat loyal die gewaltige Last der Reparationszahlungen übernommen und kann deshalb auch eine angemessene Regelung der Anleihen verlangen, die es selbst seinerzeit dem Ausland gewährt hat. Die Nachfolgestaaten sind durchaus in der Lage, eine solche Regelung vorzunehmen. Hier gäbe es gerade gegenüber diesen Agrarstaaten sicher auch Druckmittel auf handelspolitischem Gebiet.

Aufs neue hat sich die Debatte zum Thema „Aberfremdung“ in der deutschen Elektroindustrie entzündet, die recht heftig zwischen den beiden deutschen Großkonzernen, Siemenskonzern und Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, weitergeführt wurde. Den Anlaß dazu gab ein Zusammenschluß in der Schwachstromindustrie. Es wurde eine Spitzengesellschaft gegründet, in der die Aktienmehrheit der Firmen Mir & Genest, Ferdinand Schuchardt und Süddeutsche Telephon-Apparate, Kabel- und Drahtwerke AG, zusammengefaßt werden soll, und an der sich auch die amerikanische International Telephon- and Telegraph Corp. beteiligt. In einer Ansprache, die anlässlich des 82. Jahrs. Bestehens der Stammfirma des Siemenskonzerns Herr Karl Friedrich v. Siemens hielt, machte er zum Thema „Aberfremdung“ scharfe kritische Ausführungen, welche die AEG. auf sich beziehen mußte, da sie Hauptaktionärin der Mir & Genest AG. ist. Er sprach davon, daß von der einst so stolzen Elektrotechnik nun fremde Loten an Bord gerufen worden seien, und daß diese bald nicht mehr als Loten, sondern als Unternehmer auftreten und die deutschen Kapitäne dann als Handlanger benützen würden.

Die zu erwartende Entgegnung der AEG. blieb nicht aus. Sie beschäftigt sich zunächst grundsätzlich mit der bekannten Frage, ob Obligationen weniger gefährlich seien als Beteiligungen am Aktienkapital. Da über die Notwendigkeit der Heranziehung des Auslandkapitals kein Zweifel bestehe, könne diese Frage nicht durch gefühlsmäßige Einstellung entschieden werden. Einmal seien schon in der Schwachstromindustrie die Verhandlungen mit dem Siemenskonzern gescheitert, da er entscheidenden Einfluß auf ein zu bildendes zweites Schwachstromgebilde verlangte und die AEG. einer derartigen monopolistischen Tendenz Widerstand entgegengesetzt habe.

Die grundsätzliche Seite dieser Auseinandersetzungen wurde schon in den Düsseldorf Debatten anlässlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erschöpft, so daß das bleibt, worauf zum Schluß die AEG. anspielt. Man ersieht daraus, daß zwischen den beiden Großkonzernen zur Zeit eine scharfe Rivalität besonders im Schwachstromgeschäft herrscht. Die AEG. war nicht

Ein badischer Erfinder

Der badische Erfinder Dr.-Ing. Friedrich August Gaselwanger wird am heutigen 18. Oktober 70 Jahre alt. Der naturwissenschaftliche Verein Offenburg hat aus diesem Anlaß Dr. Gaselwanger die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Die badische Regierung und die Stadterverwaltung Offenburg haben in besonders warm gehaltenen Schreiben dem Jubilar ihre Glückwünsche entgegengebracht.

Gaselwanger hat um die Technik größte Verdienste sich erworben. Er ist der Erfinder des verletzten Dreiphasenstromsystems, durch das die großen elektrischen Überlandzentralen und Fernleitungen möglich geworden sind, und des kompressorlosen Verbrennungsmotors. Diese beiden Erfindungen haben bekanntlich revolutionierend in der Technik gewirkt. Durch die Erfindung des Dreiphasenstromsystems sind die großen Überlandzentralen, die Großkraftwerkswerte, wie wir sie heute haben, erst möglich geworden, und durch die Abschaffung des Kompressors beim D-Motor ist der sogenannte Dieselmotor überhaupt erst eine gebrauchsfähige Maschine geworden. Gaselwanger ist in Offenburg geboren, und baute seine erste Drehstrommaschine, die sich heute im Ehrensaal des Deutschen Museums in München befindet, 1887 in Offenburg, wo er sie ohne weitere Versuche gleich nach dem Bau am 12. Oktober 1887 in der damaligen Dufabrik Adrian in Betrieb nahm und ihre volle Leistungsfähigkeit durch jahrelangen Gebrauch bewies. Der kompressorlose D-Motor Gaselwangers ist ebenfalls eine Erfindung von epochenmachender Bedeutung, und auch diese Maschine ist sofort ohne weitere Versuche gleich nach der Fertigstellung mit dem erwarteten Nutzeffekt und einem Brennstoffverbrauch unter dem des sogenannten Dieselmotors gelaufen. Die kompressorlosen Verbrennungskraftmaschinen beruhen auf Gaselwangerschen Erfindergedanken, wie auch der Reform des heutigen Drehstromgenerators geschaffen hat.

Die Technische Hochschule Karlsruhe ernannte den verdienten Mann im Jahre 1920 zu ihrem Ehrendoktor, und die Stadt Offenburg hat eine Straße im Offenburger Industriegebiet „Gaselwangerstraße“ genannt. Der Erfinder teilt allerdings das Los vieler anderer großer Erfinder. Er fand zur Verwertung seiner großen Ideen, die ihm patentrechtlich gesichert waren und für die er nachgewiesenermaßen die unbedingte Priorität hat, nicht die richtigen Leute, und wurde so um große Vermögenswerte geschädigt. Das Reichsgericht hatte die Drehstromerfindung allein auf einen Wert von 80 Millionen Mark geschätzt.

so gut durch die Inflation gekommen wie der Siemenskonzern. Schließlich gelang es ihr zunächst, ihre Starkstromproduktion wieder aufzubauen, während Siemens im Schwachstromgeschäft überragend blieb. Wenn nun die AEG. mit amerikanischer Hilfe in das besonders lohnende Schwachstromgeschäft eindringt, so ist die Empfindlichkeit des Siemenskonzerns verständlich, zumal er sich dadurch einer sehr bedeutenden finanziellen und technischen Macht gegenüber sieht. Damit ist freilich nicht gesagt, daß der Kampf immer heftiger weitergeführt werden wird. Es bleibt ja noch der Ausweg der Verständigung, der wohl eines Tages nach verschiedenen Vorbildern eingeschlagen wird, trotz des von der AEG. jetzt proklamierten Kampfes gegen monopolistische Tendenzen.

Der Berliner Skandal

Amtsentsetzung des Bürgermeisters Schneider

Bürgermeister Scholz hat dem Leiter des Bezirksamtes Berlin-Mitte, Bürgermeister Schneider, wegen der in der Elare-Angelegenheit gegen ihn erhobenen Vorwürfe die Ausübung der Amtsgeschäfte auf Grund des Disziplinargesetzes vorläufig unterzagt.

Den Blättern zufolge hat Schneider auch von großen Firmen, mit denen er geschäftlich zu tun hatte, Geschenke angenommen, ferner von Künstlern, denen er als Bezirksbürgermeister Aufträge gab, Bilder und Statuen als Geschenke erhalten. Nach allen diesen Vorfällen ist nicht daran zu zweifeln, daß gegen Bürgermeister Schneider, ähnlich wie es bei den Stadtbankdirektoren bereits geschehen ist, das Verfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eingeleitet wird.

Entlassung der Berliner Stadtbankdirektoren

Die durch die Angelegenheit Elare kompromittierten Direktoren der Berliner Stadtbank, Schmitt, Hoffmann und Schröder werden, wie das „B. T.“ zu wissen glaubt, ohne Rücksicht darauf, welchen Ausgang die Disziplinaruntersuchung nehmen wird, nicht mehr in ihr Amt zurückkehren, sondern ihrer Stellung entoben werden. Die drei Stellen der Stadtbankdirektoren sind, wie das „B. T.“ weiter meldet, bereits zur Neubesetzung ausgeschrieben worden.

Eine weitere württembergische Firma geschädigt

Schon seit fünf Jahren hat die Firma Gebr. Böppig in Weidenheim Wolldecken für die Gebr. Elare geliefert. Nachdem der Bedarf größtenteils gedeckt war, sind die Lieferungen im letzten Jahre gegenüber den Vorjahren erheblich zurückgegangen. Trotzdem ist die Firma in den Büchern der Elare mit 2 Millionen Reichsmark bedacht worden, ohne daß die Firma jedoch auch nur einen Reichspfennig erhalten hätte. Von den Guthaben der Firma bei den Elare sind 90 000 Reichsmark noch nicht bezahlt, von denen 15-20 Proz. durch die Versicherung Hermes gedeckt sind. Der Verlust der Firma dürfte also in mäßigen Grenzen bleiben.

Die Homosexualität im Strafgesetzbuch

In Strafrechtsauschuss des Reichstages wurde am Donnerstag § 297 über die schweren Fälle der Unzucht zwischen Männern auf Grund eines von Demokraten und Zentrum Abgeordneten eingebrachten Antrages folgendermaßen neu formuliert:

- „Mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten wird bestraft:
1. Ein Mann, der einen anderen Mann unter Mißbrauch einer durch ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis begründeten Abhängigkeit nötigt, sich zur Unzucht mißbrauchen zu lassen.
 2. Ein Mann, der gewohnheitsmäßig zum Erwerb mit einem Mann Unzucht treibt oder sich dazu anbietet.
 3. Ein Mann über 21 Jahre, der einen männlichen Minderjährigen verführt, sich zur Unzucht mißbrauchen zu lassen.“
- Der Tatbestand der Gewaltandrohung und die Zuchthausstrafe für besonders schwere Fälle werden also gestrichen.

Kurze Nachrichten

Falschen Gerüchten gegenüber wird bekanntgegeben, daß der Reichspräsident von Hindenburg sich der besten Gesundheit erfreut.

Der Reichsrat erklärte sich mit der Prägung von Zepplins-Gedenkmünzen (8- und 5-M.-Stücke) aus Anlaß des ersten Weltfluges des „Graf Zeppelin“ einverstanden.

Eine Strafmahnurkunde in Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. beschloß der Magistrat, zu Ehren des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Treseemann eine wichtige Straße nach ihm zu benennen.

Kein Stahlhelmsverbot für Deutschland. Von unrichtiger Seite erfahren wir, daß die Vornahmen eines Berliner Blattes über ein Verbot des Stahlhelms für ganz Deutschland unzutreffend sind. Ein Gesamtverbot des Stahlhelms ist nicht in Aussicht genommen. — Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, die von dem Herrn Reichsinnenminister erklärte Zustimmung der Reichsregierung zu dem Verbot des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen zurückzunehmen.

NB. bleibt verboten. Gegen das Verbot hatte der Frankfurter beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt. Der IV. Strafsenat hat nunmehr entschieden, daß das Reichsgericht über die Beschwerde seit dem Aufheben des Republikerschutzes nicht entscheiden könne.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages ist zum 28. Oktober zwecks Beratung der Reichshaushaltsordnung einberufen worden.

Die österreichischen Verfassungsentwürfe sind vom Minister rat fertiggestellt und gehen nun dem Nationalrat zu.

Der österreichische Justizminister Dr. Slama ist am Donnerstag in Berlin eingetroffen. Er hat sogleich dem Reichsjustizminister einen Besuch abgestattet.

In Belgien streifen 10 000 Vergleute.

Miesenerprozesse in Italien. In den nächsten Tagen werden vor dem Gericht in Palermo zwei Miesenerprozesse stattfinden. In dem einen werden sich 280 Mitglieder einer Bande von Unbekannten, im anderen 258 Mitglieder einer gleichen Organisation zu verantworten haben.

Auf einer Konferenz der Außenminister Lettlands und Estlands in Riga wurde bezüglich des in Genf angeregten Zollwaffenstillstandes volle Übereinstimmung erzielt. Die Minister erklärten weiter die Frage der lettlandisch-estländischen Zollunion sowie die bevorstehende Erhöhung des Butterzollens in Deutschland und errogen in diesem Zusammenhang die Möglichkeit eines Schutzes der Butterausfuhr der beiden Länder.

Das Volksbegehren der Rechten

Keine Stimme dem Volksbegehren

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Baden erläßt folgenden Aufruf:

„Stahlhelm, Vaterland und Deutschnationale rufen auf zur Ablehnung des Youngplanes. Dieses Volksbegehren bedeutet: Höhere Reparationslasten. Dieses Volksbegehren bedeutet: Nichträumung des besetzten Gebiets. Dieses Volksbegehren bedeutet: Aufrechterhaltung der Kontrollkommission. Dieses Volksbegehren bedeutet: Fortdauer der Bevormundung von Reichsbahn und Reichsbank. Dieses Volksbegehren gefährdet die Zukunft unseres Vaterlandes. Darum keine Stimme dem Volksbegehren.“

Rundgebung der Bayerischen Volkspartei

Die Bayerische Volkspartei versammelte sich am Donnerstagabend in München im Festsaal des Rathausesbräu zu einer großen Parteirundgebung, in der der Parteivorsitzende, Landtagsabgeordneter Schäffer, nachdrücklich gegen das Volksbegehren Stellung nahm. Seine Ausführungen schloß der Redner mit folgender Feststellung zur Kriegsschuldfrage: Wenn wir die Torheit ablehnen, daß ein Volksbegehren Gewalt und Unrecht brechen kann, wenn wir auch erkennen müssen, heute noch zu schwach zu sein, um dieses Unrecht völlig zu reißen zu können, dann haben wir doch den heiligen und festen Entschluß, unerschütterlich und unermüdet im Kampfe gegen die Lüge der deutschen Kriegsschuld, gegen fremde Raubgier und Unterdrückung zu sein. In diesem Kampfe darf es nur ein Volk und ein Deutschland geben.

Im Anschluß an die Rede sprach der bayerischen Finanzminister Schmelze über die Auswirkungen des Youngplanes auf die innerdeutschen Finanzprobleme. Hierbei kam der Redner auch auf die beabsichtigte Änderung des Reichsfinanzausgleichs zu sprechen und meinte, wenn ein Finanzausgleich komme, wie er verschiedentlich in der Presse angekündigt werde, so würde dieses der letzte Anstoß auf die Selbständigkeit der Länder bedeuten. Der Minister schloß, Bayern werde niemals auf seine Selbständigkeit verzichten und in einem großdeutschen Einheitsstaat aufgehen.

Ein Aufruf rheinischer Wirtschaftsführer

Eine Anzahl bekannter rheinischer Wirtschaftsführer, unter ihnen Vizepräsident Dr. Fiermenenges, die Generaldirektoren Paul Silberberg und Dr. Jasp, Geheimrat Regierungsrat Dr. Brecht, der Vorsitzende des Vorstandes der rheinischen Aktien-Gesellschaft für Braunkohlenbergbau und Zementfabrikation, Geheimrat Louis Hagen, Präsident des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinprovinz, Gauer, und Alfred Freiherr von Oppenheim, haben folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Die Unterzeichneten betrachten das Volksbegehren, insbesondere bei der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft, nicht als einen geeigneten und richtigen Weg zur Behandlung der Reparationsfrage. Sie raten deshalb dringend davon ab, dem Volksbegehren zuzustimmen.“

Eine Erklärung der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle G. m. b. H. gibt folgendes bekannt: In deutschnationalen Blättern wird in einem kleiner Telegramm Dr. Eugenbergs behauptet, daß es sich bei der an ihn und Graf Westarp gerichteten Einladung zu Rundfunkgesprächen über die Auswirkung des Youngplanes nur um nicht ernst zu nehmende Angebote gehandelt habe.

Demgegenüber wird festgestellt, daß die an die Herren der deutschnationalen Volkspartei ergangenen Einladungen auf Grund einmütiger Beschlüsse des politischen Überwachungs-Ausschusses der Deutschen Welle erfolgt sind, dem Mitglieder aller großen Parteien von den deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten angehören. Die Ernsthaftigkeit der Angebote kann somit nicht in Zweifel gezogen werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die als amtliche Auflage im Rundfunk verbreiteten Ministerreden außerhalb der Verantwortung der Rundfunkgesellschaften stehen und daher auch der Kontrolle ihrer Überwachungs-Ausschüsse nicht unterliegen.

Anrufung des Staatsgerichtshofes

Die deutschnationale Landtagsfraktion in Preußen hat gemäß ihrer Ankündigung in der Landtagsitzung vom 16. Oktober den Staatsgerichtshof angerufen, um ein Feststellungsurteil über das Recht der Beamten zu erwirken, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen. Mit dem Antrage hat die Landtagsfraktion den Antrag auf sofortigen Erlass einer einstweiligen Verfügung verbunden, durch die dem preussischen Staatsministerium ausdrücklich untersagt werden soll, Beamten, die sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen, irgendwelche Nachteile anzudrohen.

Nachdem der Regierungsrat Bierbach bei der Regierung in Düsseldorf ist, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, vom Ante suspendiert worden, weil er einen „von Gemeinheiten getragenen Aufruf zur Teilnahme an dem Volksbegehren unterzeichnet hat. Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach ist bereits eingeleitet worden.“

Die Befestigungen an der französischen Ostgrenze. Eine Abordnung des Heeresauschusses des Senats hat sich in Begleitung einiger Offiziere nach der französischen Ostgrenze auf eine Besichtigungsreise begeben, um sich über den Stand der Befestigungsarbeiten zu unterrichten. Nach der Agentur Davaas hat die Abordnung festgestellt, daß die Arbeiten nicht so weit fortgeschritten sind, wie man dies nach der vorjährigen Inspektionsreise hoffte. In dem Bericht wird der Heeresauschuss die Regierung daher auffordern, die Abwicklung der Befestigungsarbeiten an der französischen Grenze zu beschleunigen.

Eine neue Sowjetrepublik. Tadzhikistan, das bis jetzt zur Republik Usbek gehört hat, wurde vom außerordentlichen Kongress der Sowjets, der in Dschambe stattfand, als selbständige Sowjetrepublik proklamiert. Die Sowjetunion zählt somit jetzt sieben Republiken. Die neue Sowjetrepublik ist am Abhang des Pamirplateaus gelegen und umfaßt einen Flächeninhalt von 155 000 Quadratkilometer. Es wird im Lande Baumwolle gepflanzt.

In der vergangenen Nacht drangen Goldschmuckhändler in die Geschäftsräume der Kaufirma Rosman & Knauper in der Mohrenstraße in Berlin ein. Die Diebstahlschweigen einen älteren Anheim, der im Lohnbüro stand, kinstgerecht auf. Sie erbeuteten ungefähr 140 000 RM.

Auf der Wasseruppe bei Fulda ist der Segelflieger Chris aus Altona tödlich abgestürzt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstagabend von seiner Balkan-Schleifenfahrt über Mähren, Oberösterreich, München nach Friedrichshafen zurückgekehrt und um 9 Uhr gelandet.

Nach einer Meldung aus Bukarest ist dem französischen Gesandten in Bukarest, Faure, während einer Eisenbahnfahrt aus dem Gepäckwagen sein Gepäck entwendet worden.

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden hielt am 4. Oktober 1929 in Osterburken (Amt Adelsheim) eine Sitzung ab, zu der die Gemeindevertreter der Bezirke Adelsheim, Bingen, Mosbach, Tauberbischofsheim und Wertheim eingeladen waren. In der Sitzung, die von Bürgermeister Menges, Gernsbach, geleitet wurde, und zu der etwa 150 Teilnehmer, darunter auch mehrere Gemeinderäte, erschienen sind, wurden — wie uns geschrieben wird — die wichtigsten Gemeindefragen der Gegenwart eingehend behandelt:

Verwaltungsreform

Die Versammlung lehnt die Amtsvorstellungen entschieden ab, da sie, wie die Erfahrungen in Württemberg gezeigt haben, zur Lösung größerer und gemeinsamer Gemeindeaufgaben viel zu klein, und daher zur Erreichung des so dringend notwendigen Lastenausgleichs unter den einzelnen Gemeinden gänzlich ungeeignet sind. Dafür sollen die Kreise erhalten und ausgebaut, deren Zahl aber auf etwa 4 ermäßigt werden, um sie verwaltungsmäßig und finanziell leistungsfähig zu gestalten, und um den erwähnten unumgänglichen Lastenausgleich zu ermöglichen. Sodann sollen Aufgaben, welche die Gemeinden erfüllen können, den Staatsverwaltungsbehörden abgenommen werden, insbesondere die Ausstellung von Ausweispapieren u. dgl. Die Bezirksfürsorge- und Wohnungsverbände sind aus den zur Geringe erörterten Gründen möglichst bald aufzulösen. Die gehobene Fürsorge mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ist dabei aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die Gemeinden zu übertragen, die sie rascher, individueller und damit vor allem auch billiger besorgen werden. Die Versammlung spricht sich aber gegen jede weitere Aufhebung von Bezirksstellen aus, weil diese gegen die Interessen der Landbevölkerung verstoßen und volkswirtschaftlich nachteilig ist, somit weder Vereinfachung noch Vereinfachung bedeutet. Die Grundbuchämter sind bei den Gemeinden zu belassen.

Aufwand für Land- und Kreisstraßen. Die Versammlung weist nachdrücklich auf die dringende Notwendigkeit der Änderung des Straßengesetzes hin, da es unmöglich ist, die kleineren Gemeinden auch fernerhin nach Maßgabe der Straßenlänge zu den Kosten der Land- und Kreisstraßen heranzuziehen, nachdem die Straßen durchweg dem Fernverkehr der Kraftwagen dienen. An Stelle der Straßenlänge soll die Einwohnerzahl und der Steuerwert als Verteilungsschlüssel treten, damit der Nutzen, den die Städte und Gemeinden am Kraftwagenverkehr haben, auch verhältnismäßig in der Beitragsleistung zum Ausdruck kommt. Sodann sollen die straßenbaupflichtigen Körperschaften an der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt werden. Das Straßengesetz ist auch im übrigen nach zeitlichen Gesichtspunkten zu ändern.

Bekämpfung der Brandfälle. Der Verbandsvorstand hat seine Bezirksvereine dringend gebeten, alles aufzubieten, um die Brandfälle zu vermeiden, damit die Umlagegleichheit (das Unterfützungsprinzip) bei der Gebäudeversicherungsanstalt beibehalten werden kann und nicht zur Einführung der Gefahrrentklassen (dem Versicherungsprinzip) übergegangen werden muß. Gegen diese Gefahrrentklassen, die städtischerseits immer wieder verlangt werden, erhebt die Versammlung entschiedenen Widerspruch, da sie die Verwaltung der Anstalt erheblich vergrößern und verteuern würden, und weil es auch unmöglich ist, die ärmeren Kreise im Schwarzwald und Oberrhein, deren Gebäude mit Weichdachung versehen sind, noch besonders zur Gebäudeversicherung heranzuziehen. Die Städte haben von dem Land ohnehin schon so viele Vorteile, weil dort wertvolle Staatseinrichtungen sich befinden, die auf dem Lande schwer vermehrt, aber trotzdem auf gemeinsame Kosten sämtlicher Steuerzahler unterhalten werden, und weil auch die Einnahmen den städtischen Bevölkerung zum großen Teil aus Einkäufen der ländlichen Bevölkerung herrühren, ganz abgesehen von den steuerlichen Vorteilen, welche die Städte als Städtegemeinden gegenüber den Betriebs- und Wohngemeinden haben, und abgesehen davon, daß nicht weniger als zwei Drittel aller Industriearbeiter auf dem Lande wohnen und dort soziale Aufwendungen verursachen, aber in den Städten arbeiten und deshalb Steuernwerte schaffen. Bemerkenswert ist bei Einführung des Versicherungsprinzips die Staatsanstalt mit den Privatversicherungsunternehmen in Wettbewerb treten müßte.

Bürgererzeugen. Der Wert des Allmendgenusses für die mittleren und kleineren Landwirte wird besonders betont und dabei anerkannt, daß der Verbandsvorstand zur Erhaltung des Bürgererzeugens sehr wesentlich beigetragen hat. Er wird beauftragt, dem Problem auch in Zukunft seine Aufmerksamkeit zu widmen, während andererseits die Gemeindeverwaltungen aufgefordert werden, für eine intensive Bewirtschaftung der Allmendfelder Sorge zu tragen.

Autohafterhandel. Die Versammlung spricht sich gegen den Autohafterhandel aus, da er in der Regel die Bevölkerung mit weniger guten Waren versieht und die Gemeinden steuerlich schädigt. Der Verbandsvorstand wird dem Gegenstand auch in Zukunft Aufmerksamkeit schenken.

Durchführung des Lastenausgleichs bei der Steuerverteilung. Die Versammlung hält eine Änderung des badischen Steuerverteilungsgesetzes für dringend notwendig, um einen besseren Lastenausgleich unter den einzelnen Städten und Gemeinden zu erreichen. Der Steuerverteilungsschlüssel muß nach Auffassung der Versammlung unter Aufhebung der feierlichen Klassenverteilung mehr auf die Einwohnerzahl abgestellt werden.

Sonstige Gemeindefragen. Die Versammlung befaßt sich ferner mit der Frage der Zuteilung der abgeforderten Gemachtungen zu den benachbarten Gemeinden, mit der Vergütung für den Einzug der Handwerkskammerbeiträge, mit der Ausbildung der jungen Landwirte, wobei ein Ausbau der Fortbildungs- und Gewerbeschulen gewünscht wird, mit der Bildung von Bezirksparassen, mit dem 7-1/2-Mrk-Ladenschluß, mit dem Nachbaderbot in den Wärdereien, mit den Gebühren der technischen Staatsbehörden, die als zu hoch bezeichnet werden, mit dem Einzug der Kreissteuern, mit der Besoldung der Gemeindebeamten und Gemeindegaststätten und mit den Schlichtungsausschüssen sowie mit anderen Fragen des gemeindlichen Lebens.

Die Gemeindeverwaltungen wurden aufgefordert, ihre berechtigten Wünsche anlässlich des Wahlkampfes auch den Landtagskandidaten vorzutragen, damit sie ein Bild über die Notlage und über die Wünsche der Landgemeinden und der Landbevölkerung erhalten, und damit sie überhaupt in einzelnen unterrichtet werden. Von den Landtagskandidaten selbst erwartet die Versammlung ebenfalls, insbesondere soweit sie vom Lande gewählt sind, daß sie in Zukunft entschieden für ihre Interessen eintreten, damit die überwiegende städtische Einstellung zum Nachteil des flachen Landes endlich unterbleibt. Aus der Mitte der Versammlung wurde in diesem Zusammenhang bedauert, daß die Landbevölkerung bei Land- und Reichstagswahlen nicht zuerst solche Vertreter in die Parlamente sendet, die ihre Verhältnisse genau kennen und daher auch willens und in der Lage sind, ihre berechtigten Interessen zu vertreten und zu fördern.

In der Versammlung kam die Übereinstimmung mit den Gedankengängen des Verbandsvorstandes, dem Dank und Anerkennung für die zielbewusste Interessensvertretung ausgesprochen wurde, restlos zum Ausdruck. Nach fünfjähriger Tätigkeit wurde sodann die Sitzung geschlossen, nachdem zuvor Ge-

meinderat Thoma, Bensheim, als Vorsitzender des Gemeinderäteverbandes die Erklärung abgegeben hatte, daß dieser seine Programmpunkte restlos vom Verband badischer Gemeinden vertreten sieht und deshalb weiterhin keine Veranlassung zu einer Sonderaktion hat.

Badischer Teil

Die finanzielle Erleichterung des Youngplans gegenüber dem Dawesplan

Auf eine Anfrage des badischen Staatspräsidenten hat das Reichsfinanzministerium hierüber folgendes mitgeteilt:

Will man die gesamten Leistungen des Youngplans mit denen des Dawesplans vergleichen, so läßt sich das nur auf der Grundlage einer Durchschnittsannuität machen. Diese Durchschnittsannuität wird richtigerweise nicht durch Ermittlung des arithmetischen Mittels sämtlicher Jahresleistungen gefunden. Eine solche Berechnung würde die wirtschaftlich sehr erhebliche Tatsache unberücksichtigt lassen, daß die Leistungen der ersten Zeit wesentlich niedriger sind, als die der späteren Jahre. Diesem Umstande trägt vielmehr die Methode Rechnung, die auch im Youngplan selber angewendet ist und darin besteht, daß die Durchschnittsannuität über den Gegenwartswert sämtlicher Annuitäten ermittelt wird. Unter Zugrundelegung eines Diskontsatzes von 5 1/2 Proz. ergibt sich für die reine Youngannuität zuzüglich des Dienstes der Dawesanleihe eine Durchschnittsannuität von jährlich 2,04 Milliarden Reichsmark.

Die Ausführungen der „Badischen Zeitung“ zählen zu den Leistungen auch noch weitere Verpflichtungen hinzu. Zunächst ist zu sagen, daß das belgische Marktabkommen unter besonderen Voraussetzungen zustandegekommen ist und diese Leistungen nicht als Reparationsleistungen angesehen werden können. Außerdem gilt aber für das belgische Marktabkommen und besonders für die sogenannten inneren Besatzungskosten, daß sie bei einem Vergleich zwischen Dawesplan und Youngplan nicht nur einseitig den Young-Lasten hinzugezählt werden dürfen, da sie auch zu den Dawes-Lasten hinzuzurechnen wären. Ebenso liegt es mit dem Rückkaufpreis der Saargruben.

Um einen Vergleich mit den Leistungen des Dawesplans machen zu können, muß man für die Berechnung der Dawesleistungen eine zeitliche Begrenzung unterstellen. Legt man für die Dauer der Dawes-Zahlungen die Amortisationsperiode der Eisenbahn- und Industrieobligationen zugrunde, d. h. ab 1. September 1929 noch 8 1/2 Jahre, so würde die Dawesbelastung einer Durchschnittsannuität von 2,488 Milliarden Reichsmark für 37 Jahre entsprechen. Die durchschnittliche Young-Annuität für den Zeitraum von 37 Jahren beträgt aber 2,040 Milliarden Reichsmark (einschließlich Dienst der Dawesanleihe). Wenn man also die Lasten des Dawesplanes mit dem Ablauf des Amortisationsdienstes der Eisenbahn- und Industrieobligationen für beendet ansieht, und wenn man eine Steigerung der Daweslast durch den Wohlstandsindex außer acht läßt, ergibt sich somit bereits eine Verminderung der Lasten durch den Youngplan um rund 400 Millionen Reichsmark jährlich. Stellt man eine Steigerung der Dawesannuität durch den Wohlstandsindex in Rechnung und setzt man die jährliche Steigerung des Wohlstandsindex mit 1 Proz. verhältnismäßig niedrig an, so errechnet sich die durchschnittliche Steigerung der Normalannuität von 2,5 Milliarden zu mehr als 300 Millionen jährlich. Der Vergleich liefert also bei mäßiger Einsetzung der Wirkung des Wohlstandsindex auf die Dawesannuität eine Verminderung der Lasten durch den Youngplan von rund 700 Millionen Reichsmark.

Wirtschaftlich bedeutungsvoller als die Vergleichung der Durchschnittsleistungen beider Pläne für so lange Zeit ist die Vergleichung für die nächste Zukunft, etwa die nächsten 10 Jahre. Hier stehen der ohne jede Berücksichtigung des Wohlstandsindexes fällig gewesenen Zahlung von jährlich 2500 Millionen Reichsmark des Dawesplans Jahreszahlungen des Youngplans (reine Youngannuität zuzüglich Dawesannuität) gegenüber, die im Durchschnitt rund 1950 Millionen Reichsmark jährlich betragen.

Zur Rheinregulierung

Über das Datum der Verhandlungen zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich über die Rheinregulierung zwischen Basel und Straßburg ist, wie aus Bern gemeldet wird, noch kein Beschluß gefaßt worden. Dagegen werden die Besprechungen der Delegierten wahrscheinlich in Straßburg stattfinden.

Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung in Freiburg

Die Polizeidirektion Freiburg teilt mit: Die Mittwoch abend im Feilerling-Saal abgehaltene nationalsozialistische Versammlung wurde polizeilich aufgelöst. Schon die Sandjettel, durch welche zur Versammlung eingeladen wurde, und welche auf der StraÙe zur Verteilung gelangten, waren in einem derartig aufreizenden Ton gehalten, daß auf Antrag der Polizeidirektion durch das Freiburger Amtsgericht die Beschlagnahme ausgesprochen wurde. In der Versammlung selbst erging sich der Redner, Reichstagsabgeordneter Dreher, in maßlos beschimpfenden und aufreizenden Äußerungen gegen den Staat und einzelne Bevölkerungsklassen. U. a. verglich er den Staat in ausländischer Breite mit einer Gure; die politische Tätigkeit des katholischen Klerus, insbesondere des Prälaten Kaas, apostrophierte er mit den Worten: „Hui Teufel, da muß man sich ja schämen, Katholik zu sein!“ Die beauftragten Polizeibeamten schritten sodann zur Auflösung der Versammlung, welche sich ohne Zwischenfall vollzog. Die beabsichtigte Weiterführung der Versammlung in einem anderen Lokal wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Redner und der Versammlungsleiter kurze Zeit von der Polizei festgehalten wurden.

Badisches Landestheater. In der am Samstag, dem 19. Oktober, zur Eröffnung kommenden Gegenwartsoper „Trojaner“ von Curt Corinth werden die führenden und wichtigen Rollen von Elisabeth Vertam, Eva Quaiser und den Herren Brand, Dahlen, Graf, Hiel, Herz, Höcker, Just, Kloble, Kubie, Luther, Mehner, Müller, Präter, Schulze und von der Trend dargestellt. Die Inszenierung leitet Fritz Raumbach.

Aus der Landeshauptstadt

Asphaltstraßen und Kraftwagen. Zu unseren Notizen erhalten wir verschiedene Zuschriften, von denen ausführlicher Wiedergabe wir jedoch aus Raumgründen absehen müssen. Es meldet sich u. a. ein Fußgänger, der sagt, die erste Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die sonst doch wirklich wunderbaren Asphaltstraßen bei Regenwetter schlüpfrig werden, sei die Einhaltung mäßiger Fahrgeschwindigkeit im Stadtgebiet. Dadurch würden nicht nur Unfälle, sondern auch Ausgaben vermieden, die wie die Kosten für die geforderte Änderung tabelloser Straßendecken von der Allgemeinheit getragen werden sollen. — Die Zuschrift eines Kraftwagenfahrers ist gleich die Antwort. Er sagt u. a.: „Auch mäßige Fahrgeschwindigkeit schützt nicht vor dem Schleudern des Wagens auf nassen Asphaltstraßen, wie der Fachmann weiß. Manchem Automobilisten passierte es, daß sein Wagen bei einer Fahrgeschwindigkeit von 20 bis 30 Kilometern in der Stunde, z. B. auf der Kriegsstraße, zum Schleudern kam, wenn plötzlich gedremst werden mußte. Besonders im Herbst, wenn herabgefallene Blätter und Feuchtigkeit zusammenwirkten. Dem Kraftfahrer geht es ebenso, wie täglich die Stürze auf der Kaiserstraße bemerken. Der Fußgänger, der Schuhe mit Gummi-sohlen trägt, ist auf nassem Asphalt unbeholfen und bringt sich und andere in Gefahr. Die Neuanlage von Asphaltstraßen bedeutet also tatsächlich eine schwere Gefährdung sowohl des fahrenden wie des laufenden Publikums. Der Fußgänger und der Fahrer müssen verlangen, daß eine Straße so gebaut ist, daß die Möglichkeit eines Unglücks weitestgehend ausgeschlossen wird. Da es einige Arten von Straßenbelag gibt, die „griffig“ sind, sauber aussehen, billiger als Stampedasphalt und außerdem noch einheimisches Ereignis sind, ist es absolet unerfindlich, warum gerade zu dieser Bauart gegriffen werden soll. Automobilist wie Fußgänger werden mit Recht die Verantwortung für Unfälle auf solchen Straßen ablehnen. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß Verwaltungen größerer deutscher Städte durch einfaches Einwalzen von Riffelungen in schon vorhandenen Asphaltstraßen die Griffigkeit dieses Materials zu erhöhen suchen. Diese Art der Verbesserung ist keineswegs so kostspielig, als daß sie aus Sparmaßregeln unterbleiben müßte, wo doch das Leben und Eigentum vieler auf dem Spiele stehen.“

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die ziemlich unverändert vor der nordwestlichen Küste liegende Zykone hat in Richtung nach dem Armeffanal einen Ausläufer vorgetrieben, der aber für unsere Bitterung keine nachhaltige Wirkung erlangen wird. Die Zykone selbst zeigt bereits Anzeichen beginnenden Zerfalls. Ein zweiter über Schweden vorhandener Ausläufer wird sich dagegen über der Ostsee voraussichtlich zu einem selbstständigen Wirbel entwickeln und weiterhin anhaltend auf die Bitterung des Festlandes einwirken. **Wetterausblick:** Fortdauer des zeitweise wolfigen Wetters bei westlicher Luftzufuhr, streichweise auch leichter Regen, Temperaturen wenig verändert.

Eine Sage

vom Kaffee berichtet von einem Hirten, der seine Herde in den Bergen Arabiens weidete. Er klagte einst einem Mönch, daß die Ziegen seiner Herde von einer wunderlichen Krankheit befallen seien und die ganze Nacht umhersprängen, ohne Ruhe und Schlaf zu finden. Der Mönch war ein kluger Mann und hatte bald herausgefunden, daß die Ziegen auf der Weide die Blätter und die dunkelroten Früchte des bisher unbeachteten Kaffeestrauches gefressen hatten. Er ließ für sich selbst aus den Früchten einen Trank brauen und fand, daß es ihm nun leicht ward, die ganze Nacht im Gebet zu durchwachen. Dem gehetzten Menschen der Gegenwart ist Ruhe und Schlaf unentbehrlich; er kann jedoch Bohnenkaffee jederzeit unbedenklich zu sich nehmen, weil es der Wissenschaft gelungen ist, unserem Jahrhundert den coffeinfreien Kaffee Hag zu schenken. Kaffee Hag ist das Ergebnis hochwertiger Plantagenzucht und die Köstlichkeit seines Aromas ist unübertroffen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Oktober	17. Oktober		
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.47	168.81	168.45	168.79
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.94	112.16
Italien 100 L.	21.905	21.945	21.915	21.955
London . . . 1 Pf.	20.38	20.42	20.382	20.422
New York . . . 1 D.	4.1840	4.1920	4.1860	4.1940
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09	80.955	81.115
Wien 100 Schilling	58.79	58.91	58.82	58.94
Brag . . . 100 Kr.	12.986	12.406	12.39	12.41

Die Börsen waren in dieser Woche bei stillem Geschäft überwiegend befestigt. Abgesehen von einigen Auslandsaufträgen in Spezialwerten war der Auftragsengang denkbar klein. Auch die Kullisse behauptete Zurückhaltung. Auslandskäufe lagen vor allem in Reichsbankpapieren und Elektrowerten vor. Die Verhandlungen über die Schwebenanleihe machten einen guten Eindruck, da von ihr eine beträchtliche Entlastung der Kassenlage des Reiches erwartet wird. Günstiger stimmte auch die Erleichterung am Geldmarkt, vor allem in New York, von der eine stärkere Interessierung der internationalen Spekulation an europäischen und damit auch deutschen Werten erhofft wird. Bevorzugt waren vor allem Montanwerte bei rheinischen Käufen. Fest lagen auch Reichsbankanteile, ebenso Elektrowerte und Schiffahrtaktien. Farbenwerte waren uneinheitlich. Der Anleihemarkt lag vollkommen ruhig ohne Umsätze.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 16. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 d bzw. für 1 Gramm Feingold 32,7294 pence.

**Der Oberbürgermeister
der Stadt Baden-Baden.
Ablösungsanleihe.**

Bei der am 15. Oktober 1929 vorgenommenen Ziehung von Auslosungsscheinen der Ablösungsanleihe der Stadt Baden-Baden für 1929 wurden folgende Nummern gezogen:

- Rit. A:** Nr. 11, 27, 42, 45, 57, 70, 71, 72, 76, 131, 141, 145, 153, 154, 156, 195, 206, 210, 216, 223, 227, 228, 241, 246, 253, 275, 281, 284, 293, 297, 304, 318, 333, 344, 347, 352, 354, 356, 358, 380, 383, 385, 390, 392, 1852, 1863, 1868, 1870, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1892, 1903, 1904, 1907, 1908, 1913, 1915, 1921, 1934, 1941, 1943, 2159.
- Rit. B:** Nr. 413, 433, 454, 526, 593, 596, 615, 658, 673, 726, 755, 759, 1676, 1721, 1745, 1767, 1806, 1832, 1840, 2085, 2086, 2094, 2105.
- Rit. C:** Nr. 899, 946, 986, 1016, 1025, 1031, 1073, 1077, 1113, 1146, 1171, 1963, 1977.
- Rit. D:** Nr. 1201, 1211, 1265, 1273, 1320, 1383.
- Rit. E:** Nr. 1443, 1456, 1496.
- Rit. F:** Nr. 1502, 1525, 1555.
- Rit. G:** Nr. 1625, 2167, 2187.

Die genannten Stücke werden zur Heimzahlung auf den 31. Dezember 1929 aufgerufen. Sie werden zum Fünftfachen des Nennwertes mit den ab 1. Januar 1926 aufgelaufenen Zinsen unter Abzug der Kapitalertragsteuer mit folgenden Beträgen eingelöst.

Buchstabe A mit	73,75 RM
„ B „	147,50 „
„ C „	295,00 „
„ D „	590,00 „
„ E „	1180,00 „
„ F „	2360,00 „
„ G „	4720,00 „

Die Einlösung erfolgt neben der Stadtkasse Baden-Baden bei den Vermittlungsstellen, die den Umtausch der Stücke besorgen. Mit jedem Auslosungsschein ist ein entsprechendes Stück der Ablösungsanleihe einzulösen.

Von den Ziehungen der Jahre 1927 und 1928 sind folgende Stücke rückständig:

Von 1927:

Rit. A: Nr. 295, Rit. B: Nr. 1707, Rit. C: Nr. 879, 1067.

Von 1928:

Rit. A: Nr. 49, 98, 99, 100, 102, 120, 189, 191, 193, 257, 362, 372, 1886, 1887, 1911, 1940, Rit. B: Nr. 428, 457, 549, 551, 552, 558, 564, 609, 660, 677, 683, 787, 1787, 1808, 1810, 1848, Rit. C: Nr. 939, 940, 975, 1060, 1092, 1958, 1960, Rit. F: Nr. 1507.

Ein berechtes Zeugnis für den Reichtum geistigen Lebens und heimatischen Besitzes ist wieder das

**Eckhart
Jahrbuch
für das
Badner Land
1930**

Herausgegeben von dem bekannten Dichter und Schriftsteller Hermann Eric Ruffe im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat

Aus dem Inhalt:

- Bildnis Franz Philipps, von Prof. G. A. Bühler (Bildtafel)
 Kalenderium mit den Lebensdaten bedeutender badischer Persönlichkeiten
 Franz Schneller, Landschaftszeichnen
 Geh. Rat Dr. Karl Obser, Karlsruhe, Feodor Iwanow, ein Karlsruher Hofmaler aus der Zeit des Klassizismus (mit Selbstbildnis)
 Prof. Hans A. Bühler, Karlsruhe, Das innere Geseh der Farbe. Eine künstlerische Farbenlehre
 Prof. Dr. B. G. Deistering, Karlsruhe, Bildhauer Hermann Bing (8 Abbildungen)
 Prof. Dr. Hermann Unger, Köln, Richard Trum, ein deutscher Lyriker (mit Bildnis)
 Wilhelm Fladt, Freiburg i. Br., Briefe von Emil Götts an ein junges Mädchen
 Wilhelm Fladt, Emil Götts, der Erfinder René Schickels Gedichte
 G. E. Ruffe, Friedrich Alfred Schmid Noerr, ein badischer Dichter (mit Bildnis)
 H. A. Schmid Noerr, Die Krönungswallfahrt
 Friedrich Singer, Gedichte
 Hermann Eric Ruffe, Romantische Begegnung
 Bibliothekar G. Zint, Heidelberg, „Zur Puppen-theaterpoesie“
 Badische Schnurren und Anekdoten von Karl Berner, Hanns Glücklein, Karl Herber, Karl Jäger, Adam Karillon, Karl Ruf und Josef Schlerer. Zeichnungen von Zenta Bialer
 B. G. Deistering, Literarische Jahreschau 1828/29
 Karl Rittner, Kath. Chronik, 1928
 Friedrich Hinderlang, Evang. Chronik, 1928

Der reich illustrierte Band kostet nur 3 RM

Verlag G. Braun, Karlsruhe

Vaterländische Rundgebung

Geh. Rat Dr.

Hugenberg

spricht am 19. Oktober 1929, 8 Uhr abends im „Großen Festhallaesaal“ zu Karlsruhe
 Erscheinen ist vaterländische Pflicht.

Deutschnationale Volkspartei

Karten im Vorverkauf bei der Bad. Zeitung Karlsruh. 9. und im Parteibüro: Stephanienstr. 96. Eingang Baifstr.

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE
 Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
 Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
 Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
 Mauersteine

Wir liefern nur aus eigenen Brüchen
 Schleiferei Bildhauerei

Werkplätze — 250 Arbeiter 166

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung

Öffentliche Sparkasse Rheinbischofsheim

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenbestand	8 340,20	Spareinlagen	710 242,06
Guthaben bei Girozentralen, Banken und Postämtern	12 464,84	Giro- und Kontokorrenteinlagen	66 907,23
Girozentrale: Betriebskapital	24 000,—	Anlehens- u. andere Schulden	70 691,43
Wertpapiere	25 146,—	Ausgabenrückstände	52,32
Wechsel	15 323,40	Rücklage	18 524,39
Darlehen auf Hypotheken	691 039,66	Aufwertungs-spareinlagen	1 128 743,55
Darlehen in laufender Rechnung an Private	58 055,77	Reingewinn vom Jahre 1928	23 764,15
Darlehen auf Schuldchein an Private	99 051,60	Rücklage	4 000,— RM
Darlehen an Gemeinden	12 650,—		
Lombarddarlehen	35 138,95		
Einnahmerückstände	30 531,59		
Verwaltungsgebäude	19 100,—		
Gerätschaften	4 422,76		
Aufwertungs-forderungen	704 929,55		
Aufwertungsausgleich	278 700,81		
Rücklage	4 000,— RM		
2 018 925,13		2 018 925,13	

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 776 149,29 RM Einlagen 38 857,45 RM
 Sie beträgt auf Schluss des Jahres 1928 42 288,54 „
 somit mehr 3 431,09 RM

Rheinbischofsheim, den 15. Oktober 1929. 3.660

Der Verwaltungsrat der öffentl. Sparkasse Rheinbischofsheim.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Landtagswahl 1929.

Auf Grund der §§ 29, 30, 41 Ziffer 3 PolStrGG, § 366 Ziffer 10, § 367 Ziffer 9 RStRG wird für die Zeit vom 18. Oktober bis einschließlich 27. Oktober d. J. für den Amtsbezirk Karlsruhe einschließlich der Städte Karlsruhe und Durlach folgendes verordnet:

§ 1.

Den Teilnehmern an Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen jeder Art ist es unterlagt, Schuss-, Stoß- oder Hiebaffen mitzuführen.

Als Waffen gelten auch Scheintopfpistolen, Schlagringe, im Griff feststehende oder feststellbare Messer, Stodbeleg, Totschläger, Spiralfedern, Knüppel aus Gummi, Holz oder Metall, sowie Knoten- und andere schwere Stöbe.

§ 2.

Propagandawagen dürfen nur einzeln (in einem Abstand von mindestens 300 Meter) und nur in der Zeit von 11.30 Uhr vormittags bis 5.30 Uhr nachmittags fahren und sich weder vor, noch während oder nach der Fahrt an einem Punkt sammeln.

Jeder Propagandawagen darf ferner nur innerhalb des Orts verkehren, in dem er die Fahrt beginnt; der Verkehr von Propagandawagen über Land nach anderen Orten ist unterlagt.

Die in § 1 genannten Waffen, ferner Ketten, Gämmer, Holzstücke, Steine oder andere zum Werfen geeignete Gegenstände dürfen auf Propagandawagen nicht mitgeführt werden.

Schul- und Fortbildungspflichtigen ist die Teilnahme an Propagandafahrten unterlagt.

Propagandawagen sind am Tage vor der Benutzung unter Bezeichnung des Eigentümers, des Führers und einer für das Verhalten der Befahrung verantwortlichen Person, sowie der Nummer des Fahrzeuges, der Ortspolizeibehörde schriftlich zu bezeichnen.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Haft bestraft.

Karlsruhe, den 17. Oktober 1929. O.-3. 79
 Badisches Bezirksamt, Polizeidirektion.

Späthahnmesse 1929.

Die diesjährige Späthahnmesse beginnt am 2. November und endet am 11. November 1929. Während dieser Zeit bleibt der Mehlplatz für den öffentlichen Fußverkehrsverkehr gesperrt.

Droschken, Kraftwagen usw. sind auf der Durlacher Allee, entlang dem Vorbau, zwischen Schlachthaus und der westlichen Mehlplatzstraße, fahrräder, Kinderwagen sind am östlichen Teil des Mehlplatzes, innerhalb des Fußballplatzes Frankonia, an der Durlacher Allee, aufzustellen.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1929. O.-3. 79
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion C.

Natichreiberstelle

Bei der Stadt Billingen ist eine **Natichreiberstelle** zu besetzen. Gute Vorbildung u. Erfahrung vor allen Dingen auf dem Gebiete des Verwaltungsdienstes, möglichst auch im Grundbuchwesen ist erforderlich. Besoldung nach Gruppe VIII der Stadtbefoldungsordnung (4 c Reich) mit Aufsteigungsmöglichkeit nach Gruppe IX (4 b Reich). Es wird nur auf eine besonders tüchtige Kraft reflektiert.

Bewerbungen sind bis zum 28. Oktober hierher einzureichen.

Billingen, den 14. Oktober 1929.
 Der Oberbürgermeister. 873

Dienstkleiderlieferung

Die Dienstkleiderlieferung für das städt. Forstschuttpersonal, bestehend aus 20 Joppen, 16 langen und 14 kurzen Hosen, 10 Umhängen, 10 Mänteln u. 21 Hüten ist im Wege schriftlichen Angebots **freihändig** zu vergeben. Bedingungen u. Stoffmuster, auf Grund deren die Vergabe erfolgt, können auf unserem Geschäftszimmer, Schillerstr. 19, 2. Stof, hier eingesehen werden. Schriftliche Angebote unter Anschlag von Stoffmustern sind bis **Samstag, den 26. Oktober 1929** bei uns einzureichen. 875

Städt. Forstamt Freiburg im Breisgau (Schillerstraße 19)

Detektiv -Institut u. Privat-Auskunfte
„Argus“ Mannheim
 O 6, 6 Planken
 Substanzschuß 33905
 A. Maier & Co., G. m. b. H.



Badisches Landestheater

Samstag, 19. Oktober
 *G. 4. U.-Gem. I. G. G.

Zum erstenmal:

Trojaner

Ein Gegenwartsstück von Corrinth.

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Verttram, Quaiser, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hied, Höder, Jutz, Kienischer, Koeble, Kufne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Luther

Anfang 20 Ende n. 22 1/2
 Preise A (0,70—5,00 RM)

So., 20. Okt., nachmittags:
 1001 Nacht, abends:
Figaros Hochzeit

Im Konzerthaus:
Das Geld auf der Strafe

Mo., 21. Okt., 2. Sinfoniekonzert.

Dörack, 10. 10. 1929.
 Bad. Wasser- u. Straßenbauamt.